

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Gedächtnisstr. 24 bis 26 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207.

Zuchthausantrag im Jürgens-Prozess.

2 1/2 Jahre Zuchthaus gegen Jürgens, 1 Jahr Gefängnis gegen die Ehefrau.

Im Jürgensprozess stellt Oberstaatsanwalt Jordan folgende Strafanträge:

Gegen Frau Jürgens wegen Meineids unter der Ermäßigung des § 157 und unter Berücksichtigung ihrer starkverminderten Zurechnungsfähigkeit die zulässige Mindeststrafe von 5 Monaten Gefängnis, wegen des Betruges an Oberregierungsrat Jalsch 3 Monate Gefängnis, Betrug an Landgerichtsrat Joachim 1 Monat Gefängnis, an der Kreisparkasse 2 Wochen Gefängnis, wegen des Kolberger Versicherungsbetruges 4 Monate Gefängnis, wegen des Stargarder Versicherungsbetruges 4 Monate Gefängnis, zusammenzuziehen auf eine

Gesamtsstrafe von 1 Jahre Gefängnis,

die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt zu betrachten sei. Der Haftbefehl gegen Frau Jürgens sei aufzuheben.

Gegen Jürgens beantragte der Oberstaatsanwalt mit der Begründung, daß, wenn ein Richter in so gehobener Stellung, wie der Angeklagte, einen wissenschaftlichen Meineid leistet, die Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus nicht ausreicht, wegen des Meineides zwei Jahre Zuchthaus, wegen der Kolberger und Stargarder Versicherungsbetrugsfälle je 8 Monate Gefängnis, wegen der falschen Anschuldigung in drei Fällen je 3 Monate Gefängnis und wegen des verübten Betruges gegenüber dem Oberreichsanwalt 8 Monate Gefängnis, zusammenzuziehen auf eine

Gesamtsstrafe von 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus,

auf die 1 Jahr Untersuchungshaft anzurechnen sei.

Ferner beantragte der Oberstaatsanwalt gegen Jürgens Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren, sowie auf Erkenkung der Eidesunfähigkeit und der Bekanntmachungsbesugnis.

Zum Betrugsversuch gegenüber dem Oberreichsanwalt betonte der Anklagevertreter, daß dieser Fall beinahe am schwersten wiege, denn Jürgens habe im Dienste dieser Behörde hauptsächlich gestanden und ihr in einer Art und Weise die Unwahrheit um seines per-

sönlichen Vorteiles willen gesagt, daß die Strafe in diesem Falle nicht schwer genug sein könne. Acht Monate seien deshalb dafür die mindeste Buße.

Alles, was Jürgens über die Forderungen aus den angeblichen Schulden Kugels gesagt habe, sei völlig unglaubwürdig. Schließlich habe er auch beschworen, daß er nicht wisse, welche Zahlungen von der Evaporatorgesellschaft ausgegangen seien, obgleich die Gesellschaft 16 Tage vorher in einem Schreiben, das er eingestandenemachen getannt habe, alle diese Zahlungen aufgeführt habe. Nicht vorständig, wie er selbst behauptet habe, sondern zweideutig, habe sich Jürgens bei seiner eidlichen Vernehmung ausgedrückt, genau so zweideutig, wie gegenüber der Beamtenzentralbank. Er sei des Meineides in zwei weiteren Fällen schuldig, in denen ihm der Schutz des § 157 nicht zur Seite stehe, ebenso wie er sich des Betrugsvergehens an dem Reichsjustiziskus dadurch schuldig gemacht habe, daß er beim Oberreichsanwalt den Antrag auf Entschädigung für den ihm bei den angeblichen Einbrüchen erwichenen Schaden gestellt hatte. Dann stellte der Oberstaatsanwalt die bereits wiedergegebenen Anträge.

Nach einer Pause begannen die Plädoyers der Verteidigung.

Als erster Anwalt sprach der Verteidiger des Landgerichtsdirektors Jürgens, Justizrat Dr. Werthauer, der zunächst Kritik an der Beweisführung des Oberstaatsanwalts übte. Nicht den leichtesten Beweis habe der Herr Oberstaatsanwalt dafür erbracht, daß das Ehepaar Jürgens die Täter seien. Erst als der Untersuchungsrichter wegen des angeblichen Versicherungsbeitrages schon den Haftbefehl habe aufheben wollen, da sei erst die Staatsanwaltschaft mit dem alten, halb vergessenen Erbschaftsprozess der alten Frau Kugel gegen Frau Jürgens gekommen und habe unter Berufung auf dieses Verfahren Fortdauer der Haft verlangt. Wie jeder Erbschaftsprozess unter Verwandten, so sei auch dieser mit den schwersten Anwürfen gefüllt worden. Mit aller Gewalt habe man versucht, den zweiten Ehemann der Frau Jürgens in den Rechtsstreit hineinzuziehen. In neun Jahren sei dieser Prozess nicht zu Ende geführt worden.

Großer Tag in Delhi.

Die Sitzung des indischen Parlaments vom 3. Februar.

Von Franz Josef Furtwängler.

Delhi, Anfang Februar.

Diesmal haben wir Glück! Joshi hat vier Karten erobert, mit denen wir Zutritt erlangen zur ersten Sitzung, die Indiens Abgeordnete im neuerbauten Sandfortenpalast abhalten. Und die Debatte geht auch nicht um die Wahl der Tapetenfarbe für die Fraktionszimmer, sondern wird den heißesten Gegenstand berühren, der aus dem Feuer der indischen Politik herausgeholt werden kann: die politische Deportierten und die bengalische Verordnung, kraft deren ein politisch tätiger Inder morgens um fünf Uhr in Kalkutta aus seinem Bett geholt und auf Jahre hinaus nach Birma verschickt werden kann, ohne jemals zu erfahren, warum.

Um elf Uhr vormittags treten wir ein. In den Bandelgängen stehen wegwiesende indische Polizisten, den Turban auf, sonst in englisch Khaki gekleidet. Erothischer sehen Wächter, Boten und Pörrner aus: lange purpurne Röcke, weiß über die Arme reichend, der obere Teil mit goldenen Schnüren und Silberreihen reich verziert, desgleichen der Turban. Und im breiten, gelbroten Lendengurt in goldener Scheide, mit goldenem Griff das lange Gurthmesser. Noch bunter ist es auf der Tribüne. Inder im weißen Hemd, Schal und „Ahoti“, dem Beinkleid, das halb Rock, halb Hose ist, wechseln mit europäisch gekleideten beider Hautfarben ab. Die Frauen sitzen getrennt an beiden Enden der halbrunden Galerie; nochmals getrennt (vielleicht zufällig) nach Rasse: Gruppen englischer Damen, daneben Reihen von Eurasierinnen der anglo-indischen Mischrasse, die zwischen ihren beiden Erzeugerrollern ein entwurzelt, wenig glückliches Dasein führt. Diese hier gehören zur wohlhabenden Oberschicht, sind malerisch angezogen mit goldgerandeten Seidenkleidern und weit herabhängenden Kopftüchern, und geknüpft mit breiten goldenen Armspangen. Stammechte Inderinnen fehlen, bis auf eine — Naibu, die Dichterin, die viel politisch wirkt und im Lande einen großen Namen hat. Diese Debatte schien ihr wichtig genug, um von Bombay aus anderthalb Tagereisen bis hierher zu unternehmen.

Auch drinten die Arena des Redekampfes ist farbiger als die des Reichstags. Die Swarajisten erscheinen zumeist in der Nationaltracht und tragen die kleinen weißelinenen Gandhimützen, denen unserer Maurer und Anstreicher ähnlich, seltener den Turban. Weder bei ihnen, noch bei der Fraktion der Nationalisten sieht man viel europäische Kleidung. Häufiger schon ist sie bei Jinnas Unabhängigenpartei, wo eine Anzahl Feje die vorwiegend mohammedanische Führung vertreten.

Meine Musterung wird unterbrochen; der Präsident des Hauses erscheint. Wie sein Kollege im englischen Unterhaus trägt er die weiße Krausperücke und den phantastischen Umhang.

Ehe die Reden beginnen, müssen wir „Kleine Anfragen“ und deren Beantwortung mitanhören. Die Fragen kommen meist von den Swarajisten. Der Vertreter der Regierung, ein Engländer, beantwortet sie frisch, wie sie aus den Lippen kommen. Manchmal wirft er mit der Stimmheit eines Kabarettkomikers in der Friedrichstraße mit lakonischer Kürze einen Sarkasmus hin, der die Halle der „Volksvertretung“ mit einem Echo des Gelächters erfüllt.

Jetzt verkündet der Mann mit der Perücke eine eingegangene Resolution auf Abschaffung der bengalischen Verbannungsordonnanzen, deren Beantwortung die Debatte eröffnen soll. Der Antragsteller, ein Swarajist, erhält das Wort. Er ist ein Inder von madraschischer dunkler Hautfarbe, in dessen schwarzer Schädelmasse von hier oben aus kein Einzelzug der Gesichtsbildung zu erkennen ist. Nur die weißen Zähne sieht man blicken, wenn er die Lippen öffnet — schade, daß dem Blich nicht Donnerworte folgen. Er redet jaghaft, schwach, mit monoton heller Stimme; spricht von der Allmacht der Polizei, niederträchtigem Spionatum und Lockfingeln, von schuldlosen und fittich hochstehenden Opfern dieser Erbärmlichkeit. Seine Argumente sind gut, aber markieren ordnungslos. Gelangweilt sitzen die Vertreter der Regierung und der weißen Fraktion, denken vielleicht an Besoldungsreglement, Textfabriken und Teeplantagen und geben sich nicht die geringste Mühe, ihre Indifferenz zu verbergen.

Bandit Motilal Nehru, der ehrwürdige, weißhaarige Fraktionsführer, steht auf und begründet den von ihm gestellten Eventualantrag, falls die Aufhebung der Verbannungsverordnungen nicht beschlossen werde, wolle das Haus die Freilassung der Häftlinge beziehungsweise Einleitung gerichtlicher Verhandlung gegen sie beschließen. Seine Hautfarbe ist kaum dunkler als einige sonnegeschmorte Gesichter der Plantagen- und Baumwollfraktion. Mit der enganliegenden Soutane und dem langen scharfgeformten Schädel könnte man ihn für einen tatfolischen Domherren halten. Ein Redner eigentlich ist auch er nicht, aber was er sagt, ist feiner gefeilt als die Rede seines Swarajgenossen. Er spricht vom „hochfahrenden britischen Imperialismus, der das indische Volk verflaot“ und läßt gelegentlich sogar die weiße Fraktion aufhorchen.

Diese findet sogleich Entschädigung für die erlittene Sangesweife.

Stressemann-Zaleski-Konferenz.

Verwaltungsarbeit des Rates.

V. Sch. Genf, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige Sitzung des Rates war noch kürzer als die gestrige. In knapp 25 Minuten wurden sechs Punkte der Tagesordnung erledigt; und auch die vertrauliche Sitzung im Anschluß daran dauerte nicht viel länger. Der relativ wichtigste Gegenstand war die Ueberreichung des Berichts einer Sachverständigenkommission über den Mädchenhandel. Dieser Bericht ist das Ergebnis einer unparteilichen dreizehnrigen Enquete, die besonders in Lateinamerika geführt wurde. Die Kosten in Höhe von 75 000 Dollars waren vom amerikanischen Bureau für Sozialhygiene getragen worden. Zum erstenmal seit Bestehen des Völkerbundes nahm ein Amerikaner, Dr. Snow, als Vorsitzender der Sachverständigenkommission am Tisch des Völkerbundesrates Platz und gab auch eine kurze Erklärung ab. Wenn auch der Bericht auf die tieferen sozialen Ursachen der Prostitution und des Mädchenhandels nicht eingeht, so bietet er immerhin eine solche Fülle von authentischem Tatsachenmaterial, daß alle Zweige der internationalen Frauenbewegung und die Parallelauschüsse aller Länder sich mit ihm beschäftigen sollen.

Kurzzeit konzentriert sich das Hauptinteresse auf die deutsch-polnischen Verhandlungen, die heute nachmittags endlich durch eine erste Begegnung Stressemanns mit Zaleski eingeleitet werden sollen. Eine englische oder französische Vermittlung dürfte nur noch in Frage kommen, wenn sich große Schwierigkeiten ergeben sollten. Wenn es gelingt, durch diese Genfer Besprechungen die Wiederannahme der unterbrochenen Handelsvertragsverhandlungen zu ermöglichen und zugleich über die polnische Ausweisungspraxis beruhigende Zusicherungen zu erlangen, dann werden die Genfer Tage für Deutschland und für Europa nicht ganz vergeblich gewesen sein. Sonst dürfte ihr politisches Ergebnis recht mager sein. Auf der einen Seite ist das bedauerlich, besonders was die Erfüllung der deutschen Wünsche im Westen betrifft. Andererseits ist es erfreulich, daß es Chamberlain offenbar nicht gelungen ist, andere Mächte außer Italien in das Netz seiner antirussischen Pläne zu verwickeln. Diese Gefahr gilt als abgewendet, da auf allen Seiten der Wunsch besteht, England und Rußland ihren Streit unter sich austragen zu lassen. Daß dieser Wunsch dem englischen Außenminister wohl bekannt ist, geht schon aus seinen Worten auf dem gestrigen Presseempfang hervor, wonach England nur deshalb seine „schlechten und anormalen diplomatischen“ Beziehungen mit Sowjetrußland nicht vollständig abgebrochen habe, um nicht andere Mächte in Verlegenheit zu bringen.

Zurückhaltung in der Räumungsfrage geboten.

V. Sch. Genf, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Stressemann tut klug daran, Zurückhaltung zu üben. Sollte er jemals im Zweifel darüber gewesen sein, daß die internationale Atmosphäre für die Erfüllung der deutschen Räumungswünsche wesentlich ungünstiger geworden ist, so

ist er sich jetzt auf jeden Fall darüber im klaren, nachdem er am Sonntag sowohl mit Briand wie heute nachmittags mit Vanderoelde sich lange unterhalten hat. Und wenn die dem Außenminister Nahestehenden sich noch immer nicht dazu entschließen können, den Grund dieser Verschlechterung zuzugeben, wenn sie noch immer bestreiten, daß die Bildung der Rechtsregierung die Hauptursache dieses Stimmungsumschwunges ist, dann kann man nur dem Kuswärtigen Ausschuss des Reichstages empfehlen, Herrn Stressemann nach seiner Rückkehr zu befragen, was ihm Briand und Vanderoelde trotz aller gebotenen diplomatischen Zurückhaltung darüber zu verstehen gegeben und im einzelnen ausgeführt haben. Schließlich haben die deutschen Volksvertreter, insbesondere die Abgeordneten der besetzten Gebiete, das Recht, zu erfahren, woran sie sind und wie sich die Einbeziehung der Partei Westrups in die Regierung außenpolitisch ausgewirkt hat.

Dreimächtekonferenz gegen die Seerüstung

Amerika lädt England und Japan ein.

Washington, 9. März. (WTB.) Coolidge hat England und Japan zu einer Dreimächtekonferenz über die Einschränkung der Flottenrüstungen eingeladen.

In Washington wird dazu erklärt: Wenn die Regierungen von London und Tokio, die bisher noch nicht geantwortet haben, den Vorschlag Amerikas annehmen, werden Frankreich und Italien wahrscheinlich aufgefördert werden, Vertreter als Beobachter zur Konferenz zu entsenden. Man glaubt, daß die neue Einladung der Vereinigten Staaten keine bestimmte Formel für die Festsetzung einer Höchsttonnage für Kreuzer, Torpedobootzerstörer und U-Boote enthält. Auf der Genfer Konferenz sollen die Möglichkeiten einer Verständigung geprüft werden.

Im Weißen Hause wurde erklärt, Präsident Coolidge sei der Meinung, daß die bisher von auswärts eingegangenen Versicherungen über seinen Versuch, einen Erfolg des Planes einer Dreimächtekonferenz erhoffen lassen.

Der Fall Machan.

Frau Kolomal aus der Haft entlassen.

Bremen, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Heute mittag ist die Verfasserin des Tagebuchs „Vom Leben geföhrt“ der Magarete Machan, Frau Kolomal, auf Antrag ihres Verteidigers aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Man hat die der schweren Kuppel verdächtige Frau Kolomal, die Mutter von vier Kindern ist, fast sechs Wochen wegen Furchtverdachts und Verdunkelungsgefahr in der Untersuchungshaft festgehalten.

Zur Entgegnung erhebt sich das Haupt des Departements für Ruhe und Ordnung, der „Home Secretary“, J. N. S. ...

Der Redner der weißen Ordnung hat vor sich einen Stoß ...

Er hätte ebensogut sagen können: „Keine Aufregung, meine Herren.“

Er hätte ebensogut sagen können: „Keine Aufregung, meine Herren.“

Der Untergang des Zarentums.

Lezte Briefe der Zarin.

Die französische Presse veröffentlicht in diesen Tagen die ersten Auszüge aus dem 5. Band der sowjetamtlichen Publikationen über den privaten Briefwechsel des Zarenpaares.

Die Briefe der Zarin zeigen aber auch, wie sehr sie unter dem unheilvollen Einfluß des Scharlatans Rasputin stand.

Vom Herbst 1916 bis zum Winter 1917 war die Lage an den Fronten immer schwieriger geworden.

„Hier im Hinterland bin ich Dein Auge und Dein Ohr! Ich fühle mich auch nicht mehr von den Generalen und Ministern eingesenkt.“

Rasputin hat die Ernennung Protopopoffs durchgeföhrt, eines moralisch völlig minderwertigen Menschen.

„Sei Peter der Große, Ivan der Schreckliche und Jar Bauk, zerbrich alle diese Menschen da! Ich würde mich von ganzem

wußt, daß es die brutale Wahrheit ist. Aber so geräuschvoll darf man jetzt nicht auftreten, und — wo der Reihe nach die Völker der Kolonien und „Interessensphären“ und daheim auf der Insel die Profetarier aufmucken — nicht offen jagen, daß der eigentliche Feind, den man fürchtet und mit Zarenmitteln verfolgt, die lokale, politische-parlamentarische Freiheitsbewegung sei, die nun einmal in Bengalen am wirksamsten geföhrt wird.“

Kommunistentaktik.

Mecklenburg als Schulfall. — Rüssel für die Mecklenburger Kommunisten.

Die beiden kommunistischen Abgeordneten des Mecklenburger Landtags, die in der vorigen Woche die Linksregierung Schröder-Wisch-Köster im Bunde mit den Junkern gestürzt haben, haben bei der Neuwahl der Regierung dieselbe Regierung wieder gewöhlt.

Wegen dieser Haltung werden sie von der „Roten Fahne“ getadelt und mit Disziplinierung bedroht:

„Das Verhalten der kommunistischen Abgeordneten im Mecklenburg-Schweriner Landtag ist ein schwerer politischer Fehler.“

Anstatt nach sozialdemokratischer Art und Weise die verhängnisvolle Taktik des „kleineren Übels“ zu befolgen, wäre es Aufgabe der kommunistischen Abgeordneten gewesen, ihrerseits alles zu tun, um zunächst die Auflösung des Landtags zu erzwingen.

Das Zentralkomitee der KPD. wird seinerseits noch zu den Vorgängen in Mecklenburg Stellung nehmen.“

Die einzig wahre kommunistische Taktik, die hier offiziell empfohlen wird, ist die höhere Parliamentsmathematik. Dabei muß man jedoch mit den Zahlen von 1 bis 50 rechnen können, und das kann die kommunistische Zentrale nicht.

Will also die Zentrale der KPD. mit Hilfe der höheren Parliamentsmathematik die Auflösung durchföhren, so muß sie befehlen, daß ein KPD-Abgeordneter für die Linksregierung stimmt, der andere aber sich enthält.

Wir können uns ausmalen, wie die beiden unglücklichen KPD-Abgeordneten im Mecklenburger Landtag sich verzwweiflungsvoll fragen: „Was sollen wir nun eigentlich? Stimmen wir für die Rechte — so erhalten wir Prügel von der Zentrale. Stimmen wir für die Linke — erhalten wir auch

Prügel. Stimmen wir garnicht, und die Linke wird gewöhlt — so beziehen wir wieder Prügel. Können wir im voraus berechnen, ob nicht ein Abstimmungszwischenfall eintritt? Wir sollen Taktik machen, haben aber eine Unbekannte in der Rechnung. Was um Gottes willen sollen wir tun?“

Das Reichstendenzgericht.

Die Urteilsbegründung im Prozeß Härzer.

Wie bereits gemeldet, wurde der kommunistische Buchhändler Härzer, Jena, am Dienstag vom Reichsgericht in Leipzig zu zwei Jahren Festung und 200 Mark Gefängnis verurteilt, weil in seinem Verkauf kommunistischer Schriften eine ganze Reihe von Verstößen, wie Verstoß gegen das Republikstimmengesetz, hochverräterische Umtriebe, gesehen wurde.

Soweit der Angeklagte als selbständiger Gewerbetreibender tätig gewesen sei, seien ihm keine Vorwürfe über sein Verhalten gemacht worden. Es schaltet somit aus, was er in seinem Geschäft an Werken nichtkommunistischer Verlage bezogen habe.

Das Reichsgericht redet in der Begründung selbst vom Hitlerputsch. Dabei ist ihm offenbar nicht aufgefallen, daß dieser von rechts erfolgte, nicht nur geplante Versuch eines gewaltigen Umsturzes jahrelang von der völkischen und von der deutschnationalen Presse gestiftet worden ist.

Die Urteilsbegründung zeigt den politisch tendenziösen Charakter des Reichsgerichts in unglaublich grotesker Weise. Wegen des Vertriebes völkischer Schriften ist noch kein Buchhändler als Hochverräter vor das Reichsgericht zitiert worden.

Die Urteilsbegründung zeigt den politisch tendenziösen Charakter des Reichsgerichts in unglaublich grotesker Weise. Wegen des Vertriebes völkischer Schriften ist noch kein Buchhändler als Hochverräter vor das Reichsgericht zitiert worden.

Herzen freuen, wenn Du so mit denen verfahren würdest, die Dich zu beherrschen versuchen!“

Als der Minister Stürmer, dem man Deutsches Freundschaft nachsagte, und der trotzdem eine Kreatur Rasputins war, durch Treppoff ersicht wurde, schrieb die Zarin ihrem Gatten folgende Briefe, in denen sie fordert, daß der Zar auf jeden Fall Protopopoff halten müsse.

„Befiehlt Treppoff, mit ihm (Rasputin) zu arbeiten. Er wird es nicht wagen, Dir zu widersprechen. Erhebe Deine Stimme! Bäre es nicht notwendig, Lieber, daß ich auf einen Tag zu Dir käme, um Dir Mut und Festigkeit zu geben? — Unser Freund (Rasputin) sieht Dich an, fest und stark zu bleiben und Treppoff in nichts nachzugeben. . . . warum erlaubst Du ihm, Dich zu zucken und nicht unserm Freunde, der Dich mit Hilfe Gottes lenkt. . . .?“

Und der Zar antwortete ihr: „Treppoff ist sanftmütig und gehorsam gewesen und hat nicht von Protopopoff gelrochen. Wahrscheinlich war ihm meine harte und unfreundliche Miene nicht sehr angenehm.“

In einem anderen Briefe entschuldigt sich Nikolaus bei der Zarin: „Es widerspricht mir, mit einem Menschen wie Treppoff zu tun zu haben, den ich nicht schätze und zu dem ich kein Vertrauen habe.“

Am 22. Februar 1917, drei Tage vor Ausbruch der ersten Unruhen, schrieb die Zarin: „Die Lage scheint sich zu bessern. Sei mir feil! Zeige, daß Du der Herr bist! Das wollen die Russen. Du hast ihnen Güte gezeigt, lasse sie von Zeit zu Zeit auch die Faust spüren.“

Am 23. Februar bricht der Kussland in Petersburg aus. Die Zarin schrieb: „Das ist eine Revolte von Roms! Halbwildige Burschen und Wüdelers rennen in den Straßen umher und schreien, daß sie kein Brot haben.“

Am 2. März stellt sie fest, daß alles fürchterlich wird und die Ereignisse sich mit unbeschreiblicher Schnelligkeit vollziehen, glaubt aber immer noch daß alles gut enden werde.

„Ich weiß nicht, wo Du augenblicklich bist! Ich habe versucht, Dich durch Vermittlung des Hauptquartiers zu erreichen.“

nicht verpflichtet, Deine Versprechungen zu erfüllen, denn sie sind Dir durch unwürdige Zwangsmaßnahmen entzogen worden.“

Und am nächsten Tag: „Ich weiß gar nichts mehr, ich höre nur den widerwärtigen Lärm, der einen zum Wahnsinn bringen kann!“

„Dann endlich, als sie die Abkantung erläßt, schreibt die Zarin: „O, mein Held, ich verstehe Deine Tat! Aber ich schwöre Dir bei meinem Leben, daß wir uns wieder auf Deinem Thron sehen werden, Dein Volk und Deine Armee werden Dich dorthin tragen, zum Ruhme Deiner Herrschaft.“

Und einen Tag später schreibt sie von Entsetzen gepackt: „Eine Bewegung beginnt innerhalb der Truppenteile. . . Ich fühle, daß die Armee revolutionieren will! In Deutschland ist Revolution ausgebrochen. Wilhelm ist gestöt worden. Überall sieht man die Hand der Freimaurerei. . .!“

Einige Tage später kam der Zar unter starker Bedeckung in Jarfskole Selo an, wo er bis zu seinem Abtransport in die Tobolsker Verbannung als Gefangener gehalten wurde.

Und dann fanden beide im fernen Sibirien den Tod.

„Der Hampelmann“ im Berliner Theater. Operetten mit einigermaßen distabelen Textbüchern sind Karikaturen geworden. Ein Hampelmann, also auch der, an dessen Strippe das Berliner Theater das Publikum drei und eine halbe Stunde zappeln läßt, ist keine Karikatur. Also schweigen wir über die Herren Gustav Beer und Fritz Lunzer, die ihn zurecht geschneidert haben.

Tänze der Jutta-Kant-Schule. Ein rastloser, unermüdbar nach neuen Zielen strebender, nach neuen Werten suchender Geist herrscht in dieser Schule. Jede ihrer Veranstaltungen ist reich an Anregungen, an interessantem Neuen. Jedes Jahr bringt Fortschritte, oft in Erreichem, stets in Gemütem. Auch der Abend im Scharwenka-Saal trug zum Teil experimentellen Charakter.

Berliner Lehrerverein gegen SPD?

„Gefahr einer Abdrängung nach rechts.“

In Nr. 89 vom 28. Februar fragten wir, ob der Berliner Lehrerverein gegen die SPD. zu Felde ziehen wolle. Anlaß zu dieser Frage war eine Neuerung des Vereinsvorsitzenden Buchholz, die uns eine parteipolitische Klippe gegen die SPD. bedeutete. Wir berichteten, daß im Lehrerverein die zur SPD. gehörenden Mitglieder beantragt hätten, für die Wahl der Lehrerschuldeputation 1 bis 6 auch einen Vertreter der weltlichen Schule und einer entschiedenen Schulpolitik auf die Liste zu setzen; „an durchaus unsicherer Stelle“, fügten wir hinzu. Nach Ablehnung dieses Vorschlags, teilten wir weiter mit, in der Vertrauensmännerversammlung der Vorstehende Buchholz gesagt: „Die SPD. richtet ein unerträgliches Joch für die Berliner Lehrerschaft auf. Wir werden uns mit Händen und Füßen wehren. Das Joch ist zum Ueberlaufen voll. Unser Kampf geht von nun ab nicht nach rechts, sondern nach links!“ Hierzu schickte uns für den Lehrerverein der Vorstehende Buchholz folgende Ermüdung, die er für eine nach dem Pressegesetz aufzunehmende „Berichtigung“ hält:

„Der Sach des Berichts „Unser Kampf geht von nun ab nicht nach rechts, sondern nach links“ ist in dieser Form und diesem Sinne nicht gesprochen worden. Ausgedrückt wurde vielmehr, daß die Haltung der SPD. in einzelnen Fragen die Gefahr bringt, daß die Vertretung des Berliner Lehrervereins von ihrer schulpolitischen Linie nach rechts abgedrängt werde. Unrichtig ist die Annahme, daß ein Vertreter der Sammelschulen für eine „durchaus unsichere Stelle unserer Wahlliste vorgeschlagen wurde. Der Vorschlag galt für Stelle 4, zu der dem Berliner Lehrerverein bei der letzten Wahl vor vier Jahren nur einige Stimmen fehlten.“

Daß Herr B. sogar eine Ansicht über die Sicherheit oder Unsicherheit einer Stelle der Wahlliste „berichtigen“ zu dürfen glaubt, zeigt, wie wenig er das Pressegesetz kennt. Er weiß von ihm wohl nicht mehr, als daß man sich auf einen § 11 beruft und dann darauflos berichtet. Die inwärtigen wahlbezogenen Wahl hat ergeben, wie „sicher“ Stelle 4 war. Der Lehrerverein hat für seine Liste nur drei Sitze erhalten. B.'s Erklärung zu dem Satz von dem Kampf nach links übertrifft uns. Wir stellen fest, daß Ohrenzeugen ihm so gehört und so fort notiert haben und ihre Angabe über den Wortlaut aufrechterhalten. Es ist glaubhaft, daß B. sich in anderer Form ausgedrückt haben möchte und sich auch in anderer Form ausgedrückt zu haben meint. Ueber den Sinn aber kann selbst bei der in seiner Aufschrift gegebenen Darstellung gar kein Zweifel bestehen. Daß eine Abdrängung nach rechts einen Kampf nicht gegen rechts, sondern gegen links zur Folge hat, wird gewiß auch Herrn B. einleuchten. Uebrigens hat B. in der Generalversammlung, als dort die sozialdemokratischen Vereinsmitglieder gegen ihn die Angelegenheit vorbrachten, erklärt, daß er nichts zurücknehme und die SPD. gewarnt sei. Das gilt ihm nicht als Kampfanzeige? Dann weiß er wohl nicht, was er will!

Was die zu ihm haltende nichtsozialdemokratische Mehrheit des Lehrervereins will, lehrt ein im Namen des Vereins ausgegebenes Flugblatt, das am Tage der Wahl zur Schuldeputation für die Lehrervereinsliste in den Schulen verbreitet wurde. Darin wird unter Bericht über B.'s Neuerung vom Kampf nach links als „Verzerrung“ bezeichnet und dann gesagt: „Wenn allerdings die Beobachtete und mit aller Deutlichkeit bekämpfte Gefahr, daß parteipolitische Einstellungen maßgebend für Besetzung von Stellen werden oder bleiben sollten, fernerhin bestehen wird, dann erwächst für den Berliner Lehrerverein und seine Vertreter die Pflicht, sich mit aller Deutlichkeit dem entgegenzusetzen. Daß unsere Vertreter diese Deutlichkeit nach jeder Seite hin ausbringen, dürfte erwiesen sein.“ Wahrscheinlich soll auch das keine Kampfanzeige sein. Die „Deutlichkeit“, die der Lehrervereinsvorsitzende nach links hin aufgebracht hat, gilt uns als ausreichend. Ihm nicht.

Lehrerschuldeputation in der Schuldeputation 1 bis 6. Die Wahl der Lehrerschuldeputation zur Schuldeputation 1 bis 6 hat den verbundenen christlichen Listen eine Mehrheit gebracht. Abgegeben wurden für die christlichen Listen 1764 Stimmen, für die Lehrervereinsliste 1564 Stimmen. Die christlichen Listen sind der Lehrervereinsliste diesmal um 200 Stimmen voraus, während sie bei der Wahl vor vier Jahren nur um 43 Stimmen voraus waren. Bei der Verteilung der Sitze erhalten die christlichen 4 Sitze, der Lehrerverein 3 Sitze.

Solos. Thema der ganzen Folge: Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapitalismus der Maschine, Aufruf zur Betätigung, Zusammenschluß, Trost, Zweifel, Ergebung ins Unabänderliche. Zum Schluß reine Gruppenstimmung im gelockerten Saal der Klamm-Schule. Komplizierte Themen in klarer Durcharbeitung und sauberer Vorführung. Am wirkungsvollsten der letzte Tanz mit seiner frischen, vorwärts stürmenden, jubelnden Bewandigung. Susanne Meyers glänzende Technik feierte einen kleinen Triumph. Für fast alle Gruppenstänge und auch für Bishers Solo war der Bühnenraum zu eng. Denn dieser Saal ist kein Kammerstück. Ihm fehlt die erste Gejohlossenheit und intime Ballung der Wigan-Tänze. Es lebt in ihm eine expansive Dynamik, die die Grenzen jedes Podiums sprengt und zu wuchtiger Entfaltung in die Breite und Tiefe drängt. Er trägt in sich den Keim des großen volkstümlichen Massenanzugs der Zukunft. Ihn zu pflegen und auszubauen, ist, scheint mir, die Mission der Klamm-Schule. Das zahlreiche Publikum nahm die interessanten Darbietungen verständnisvoll und beifallsfreudig auf.

Auftragsarbeiten des „Jungen Kreises“. Der „Junge Kreis“ vermittelte im Sturm wieder jüngste Dichtung, die trotz Maschinenhaft und Reforbidität noch zarte und hymnische Lyrik von Erwin Dorow blühen ließ, der durch Agnes Schwabe zu Gehör gebracht wurde. Günther Franzke las selbst aus seinen „Gedängen gegen Bar“. Er stellte, manchmal freilich mit gekünsteltem Jynismus, gut gezeichnete und satirisch gezeichnete Frauentypen der Großstadt hin, fand aber auch im Lyrischen wie „Nur für dich“ eine feine Melodie. Den tiefsten Eindruck des Abends gab als starke Vermittlerin Edith Esther Corten mit der Erzählung Walter Gutzkows „Der Gaseinnehmer“. Mit Liebe folgt der Dichter dem banalen Erleben, der mechanisierten Pedanterie des Alltags eines kleinen Beamten und seinem Zusammentreffen mit einer anderen Sphäre, die das Uhrwerk seines geregelten Daseins sprengt. Jede Bewegung, jeder Gegenstand ist mit plastischer Realität gestaltet und doch ist über allem das rätselhafte Spiel des Schicksals. Im Rahmen einer kleinen Welt versteht der Dichter ein großes Erleben darzustellen. Mit der starken Erzählung eines Bannerträgers des jungen Kreises, des bekannten Dichters Rudolf Leonhard, „Das Judasevangelium“, wieder durch Frau Corten eindrucksvoll zu Gehör gebracht, schloß der interessante Abend. B. Sch.

Der abgebaute Heilige. Die polnische Agitation hat den bisher gefeierten Festtag des heiligen Kasimir (4. März) neuerdings abergläubig. Der Grund zu dieser Wahnelei ist darin zu suchen, daß der Heilige eigentlich Litauer gewesen ist. Im Bismarckgebiet hat er aber seinen Festtag trotz aller behördlichen Vorschriften auch in diesem Jahre gehabt, denn sowohl die Polen wie die Litauer begreifen den Tag wie üblich. Nur die polnischen Staatsbehörden arbeiteten, während die Geschäfte usw. geschlossen waren.

Die Kunstausstellung Iris Gurlik, Friedrich-Ebert-Str. 7, eröffnet am 11. die erste Kollektions-Ausstellung des in Stuttgart lebenden Malers Reinhold Kögeler, in der Unterstaatssekretär, Aquariele und Graphik gezeigt werden.

Daniel Brühl gefordert. Am Alter von 61 Jahren neklich der französische Erfindungsbesitzer, der sich besonders in der Atomlehre und der Erforschung der ultravioletten Strahlen einen Namen gemacht hat.

Die Stützungsaktion für die „Kommode“

Eine Besichtigung der Pfahlrostanlage.

Die „Kommode“, so heißt im Volksmund die alte Bibliothek, die mit ihrem eindrucksvoll geschwungenen Mittelbau gegenüber dem jetzt so seltsam in der Luft schwebenden Opernhaus steht, und die, worüber wir seinerzeit ausführlich berichtet haben, in Gefahr stand, wenn nicht gar ganz in den trügerischen Berliner Boden einzusinken, so doch infolge der Verrottung ihres Fundamentes allmählich auseinanderzufallen.

Bekannt ist in der Öffentlichkeit ja die von allen Seiten leidenschaftlich diskutierte Streitfrage, ob die Grundwasserregulierung anlässlich des benachbarten Opernhausumbaus die Schuld an dem plötzlich eingetretenen Zustand des Bibliotheksgebäudes trage, sind doch in seiner Fundamentierung, wie man heute während der Arbeiten in den Kellern noch überzeugend beobachten kann, gerade die Rostpfähle, die nicht mehr vom Grundwasser umspült werden, rettungslos verfault, so daß man sie buchstäblich übers Anie brechen kann.

Um die demnach gegen die Bauleitung erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen und zu entkräften, hatte das preussische Staatsministerium die Briefe zu einer Besichtigung der Umarbeiten an der „Kommode“ eingeladen. Präsident Kühn von der Bauverwaltung des preussischen Finanzministeriums, die ja als ausführende Behörde diese Vorwürfe in erster Linie angehen, führte in einer Eröffnungsansprache die Geschichte der Zerfallserscheinungen an dem Gebäude auf, was durch Auf- und Grundrisse des Baues noch eingehender erläutert wurde. Die sich hieran anschließende Führung unter Baurat Lang verlegte die Teilnehmer der

Besichtigung in das unterirdische Reich interessantester, umfassendster und besterachter Tiefbauarbeit. Durch ein Gewirr unzähliger Holz- und Betonstützen, über Schutt- und Zementhausen hinüber, an Ziegeltapeln vorüber und über Bohrflöcher und Bodengruben hinweg ging der Weg an die vielen Stellen, wo heute noch das alte, tragfähig gewordene Fundament aus Kiefernholzpfählen zulage liegt. Diese mächtigen Pfahlgruppierungen, wie sie in Norddeutschland früher zum Bau auf leichtem Boden allgemein benutz und angewandt wurden, sind wie einer Best angegriffen und wie von der Lepra angefaßt; es gilt, sie Stück für Stück vorsichtig zu entfernen und an derselben Stelle durch eine neue Eisenbeton-Fundamentsohle den Oberbau zu unterfangen, dessen durch die Grundwasserregulierung entstandenen Risse zu beobachten man schon oben in der Vorkasse Gelegenheit hatte. Die neue Sohle wird getragen werden durch gewaltige Röhren von 30—40 Zentimeter Durchmesser, die eine Länge bis zu 24 Meter besitzen angesichts der Tatsache, daß das Gebäude zum Teil auf einer bis zu 17 Meter tiefen Torfmulde steht, außerdem durch seinen Untergrund durch eine frühere Sprengente hindurchgeht; über diese Eisenbetonstützen werden Eisenplatten gelegt, das Ganze terrassenförmig übermauert und dann durch Alpakoste gegen alle Witterungseinflüsse um isoliert. Man hofft, die im südlichen Teil des Gebäudes z. B. schon fast abgeschlossenen Arbeiten so beschleunigen zu können, daß der Bau bald wieder seiner Bestimmung übergeben werden kann. Bis dahin wird seine Instandsetzung, darüber herrschte bei allen Teilnehmern der Besichtigung unangenehme Klarheit, noch viel Schweiß, viel Geld und sicherlich auch viel — Merger kosten.

Nächtliches Großfeuer in Bohnsdorf.

Brandstiftung?

Die freiwilligen Feuerwehren von Bohnsdorf und den umliegenden Dörfern wurden gestern nacht gegen 1/2 12 Uhr nach der Bahnhofstraße zu Bohnsdorf gerufen, wo in den Schuppenbauten einer Baufirma Feuer ausgebrochen war. Als die ersten Wehren an der Brandstätte eintrafen, brannte ein großer Teil bereits lichterloh. Das Feuer wurde sofort mit fünf C-Schlauchleitungen angegriffen. Gleichzeitig wurde die Grünauer Berufsmehr zur Hilfeleistung gerufen. Nach ziemlich dreistündigem Wassergeben aus insgesamt sechs Rohren konnte der Brandherd eingekreist und ein Uebergreifen auf die Wohngebäude und Stallungen verhindert werden. Den Flammen sind wertvolle Bauhölzer und Rüstzeug zum Opfer gefallen, so daß der Schaden sehr erheblich ist. Erst in den Morgenstunden konnten die Wehren wieder abrücken. Es wird angenommen, daß Brandstiftung vorliegt. In letzter Zeit sind in Bohnsdorf wiederholt gefährliche Feuer entzündet, die wahrscheinlich auf Brandstiftungen zurückzuführen sind, ohne daß es bisher gelang, die Täter zu fassen. Vor wenigen Tagen war die Bohnsdorfer Feuerwehr mit Löscharbeiten bei einem Wohnlaubbrand beschäftigt, als neuer Feueralarm vom anderen Ende der Dörflichkeit ertönte, wo ebenfalls ein Wohnlaube in Flammen aufging. — Heute früh kurz nach 8 Uhr kam in der Holzfabrik von C. Hönower Diefenweg nach Lichtenberg, ein Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Der Feuerwehr gelang es, den Brandherd zu lokalisieren und das Feuer nach längerem Wassergeben aus mehreren Rohren zu löschen. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Feuergescheh mit Einbrechern.

Am Bahnhof Zoo.

Von der Stadtbahn aus drangen gestern abend gegen 10 1/2 Uhr zwei Einbrecher in das Kaffeezweiggeschäft von Schöning am Bahnhof Zoo ein. Dieser Laden liegt an der Ecke der Hardenberg- und Lebensstraße in einem Stadtbahnbogen und erhält Licht auch von oben her durch eine Glasceibe, die in den Bahnlörper eingebaut und mit einem niedrigen Eisengitter umgeben ist. Diese Ceibe zertrümmerten zwei Einbrecher, die auf einem noch nicht geklärten Wege auf den Bahnlörper hinaufgeklommen waren. Sie ließen sich in einen Flur hinab, erbrochen dann eine Tür und kamen so in die Geschäftsräume. Eisenbahnbediente wurden durch ein Geräusch auf die Verbrecher aufmerksam. Diese mußten auch gemerkt haben, daß sie entdeckt waren und ließen sich nicht mehr viel Zeit. Während Eisenbahner und ein Kriminalbeamter die Eingänge besetzten und das Ueberraschungsmomente herbeigerufen wurde, kletterten sie auf einer Leiter, die sie auf dem Flur fanden, durch das Oberlicht wieder hinaus und nahmen nur Kaffee und Süßwaren mit. In dem erbrochenen Schreibtisch des Filialleiters hatten sie nichts gefunden. Die Verbrecher entflohen auf dem Bahnlörper nach dem Sockelplatz zu. An der Ueberführung an der Kanistraße gaben die Polizeibeamten 7—8 Schuß hinter ihnen her ab. Die flüchtigen erwiderten mit einigen Schüssen, ließen dann weiter nach einer Baudrude zu, die neben den Gleisen steht und ankamen, während ein Vorortzug vom Sockelplatz her an dieser Bude vorbeifuhr und die flüchtigen den Verfolgern unsichtbar machte. Sie sind noch nicht ermittelt. Wahrscheinlich sind sie durch Glasplitter und Schüsse verletzt worden.

Der Jugendschutz bei Lustbarkeiten.

Gegen die Eröffnung ihrer Existenz durch den Geseggenwurf zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten protestierten gestern abend die ambulanten Gewerbetreibenden in der Stadthalle.

Der Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands, der weit über 500 000 Mitglieder zählt, hatte zu dieser Kundgebung aufgerufen. Aus allen Ortsgruppen lagen Telegramme vor, die unter reichem Beifall zur Vertiefung gebracht wurden. Ueberall der feste Wille, die Aktion des Reichsverbandes zu unterstützen. Die Redner des Abends betonten in ihren Ausführungen, daß keine Verträge gegen die Polizeivorkrisften bekannt geworden seien. Ohne Gründe hätten die Reichsstellen diesen Geseggenwurf, der unsere Existenz vernichtet, eingehend und annehmen lassen. Einem langjährigen Pfahlbether wurde in diesem Jahr die Konzession verweigert, weil einmal ein zehnjähriges Kind an einer Würfelbude betroffen worden ist. In den Schulen werden die Kinder angehalten, Geld für Lotterie mitzubringen, das ist keine Gefährdung! Unter reichem Beifall konnten die Redner ihre Ausführungen machen. Der Beifall steigerte sich noch mehr, als der Vorstehende bekanntgab, daß vor der Stadthalle Hunderte ständen, die von der Polizei nicht mehr in den Saal gelassen wurden. Im Anschluß an die Ausführungen der Referenten wurde eine Entschließung angenommen, in der die Vermittlungen gegen die Annahme des Geseggenwurfes zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten durch den Reichstag (Schärfsten Protest einlegten.

Einem verspäteten Faustnachtsulk schenken einige Berliner Blätter aufgefassen zu sein; sie brochten gestern die Nachricht, daß im Ruhrgebiet der Plan bestehe, eine Schwabe Schnellbahn nach dem Vorbild der Schwabebahn in Elberfeld-Barren von Essen nach Berlin zu bauen und so einen Schnellverkehr mit phantastischen Geschwindigkeiten — anfangs 200, später 400 Kilometer in der Stunde — zu schaffen. Bei der Reichsbahn ist nicht das geringste von einem derartigen Projekt bekannt. Das neueste deutsche Großflugzeug hat zudem eine Geschwindigkeit von 185 Kilometer in der Stunde. Nach den heutigen Begriffen gilt das System der Schwabebahn für den Schnellverkehr als veraltet und längst überholt.

Majors auf Reisen.

40 Betrügereien und Zechprellereien einer Offiziersfamilie

Wegen fortgesetzter Pensions- und Hotelbetrügereien und Zechprellereien wurde ein Major a. D. Eduard v. Müller mit seiner Frau und seinem Sohne Karl in Schreiberhau festgenommen. Das Ehepaar und der erwachsene Sohn wurden von vielen Kriminalbehörden schon seit langer Zeit gesucht. Die Leute mieteten sich bald unter dem richtigen, bald auch unter falschem Namen in Pensionaten und Hotels ein, lebten auf Kredit und verschwanden dann nacheinander. Je nachdem sie sahen, daß man ihnen weniger oder mehr Vertrauen schenkte, blieben sie kürzere oder längere Zeit, durchschnitt 2 bis 3 Tage. So reiste das Paar überall umher. Seine Pension ließ sich v. Müller von Berlin bald hierhin, bald dorthin nachschicken. In Elberfeld nannte sich der frühere Major „Oberst a. D. v. Halland“. Hier borgte er auch noch den Oberkellner eines Hotels um 10 Mark an. Dem gleichen Betrag versuchte er von dem Geschäftsführer des Deutschen Offiziersbundes zu leihen, jedoch vergeblich. Dem Geschäftsführer stellte er sich unter seinem richtigen Namen vor und erzählte ihm, daß er für den Deutschen Offiziersbund Annoncen sammelte und in Verlegenheit geraten sei, weil er kein Geld aus Berlin noch nicht erhalten habe. In Berlin wohnte der Betrüger mit Frau und Sohn im November vorigen Jahres zuletzt in der Kaiserallee. Nachdem er verschwunden war, gingen hier allein 10 Anzeigen gegen ihn bei der Kriminalpolizei ein. Im ganzen sind bisher gegen 40 Betrügereien bekannt geworden. Kriminalkommissar Kossow von der Dienststelle D. 2 erließ überall hin Fahndungsbefehle. Jetzt endlich wurde das Paar, nachdem es in Hilsberg wieder ohne Begleitung der Rechnung aus einem Hotel verschwunden war, in Schreiberhau ermittelt und festgenommen.

Die „Freunde der internationalen Kleinarbeit“, eine Arbeitsgemeinschaft zur internationalen Völkerverständigung, hatten zum 1. d. Mts. eine Zusammenkunft einberufen. Es sollte zunächst ein indischer Freund über die sozialen Verhältnisse in Indien sprechen. Da dieser am Erscheinen verhindert war, sprach der perilsche Genosse Alavi über Persien. Der Vortrag brachte sehr viel Neues. Das Schicksal Persiens, des Zugangsstaates zu der englischen Kronkolonie Indien, wird naturgemäß vom englischen Imperialismus bestimmt. Genau wie in China, hat es England verstanden, sich durch Weistbegünstigungsverträge zum wirtschaftlichen und politischen Herrn Persiens zu machen. Das Land wird beherrscht von der Feudalaristokratie, ein Proletariat gibt es nicht, wenn man die etwa 60 000 Petrofumarbeiter nicht rechnen will, deren Verhältnisse recht elend sind. Bei einem Tageslohn von 80 Pi. müssen sie über 10 Stunden täglich arbeiten, einem Lohn, der oftmals nicht dazu ausreicht, ihnen ein Dach über dem Kopfe zu sichern. Natürlich ist von einem politischen Erwachen dieser niedergeborenen Menschen nicht zu sprechen. Revolutionen der Intellektuellen wurden blutig niedergeschlagen. Die Industrie steht unter englischer Herrschaft, die Staatsbahn unter englischer Kontrolle, alle Zollentnahmen sind für Zwangsanleihen an England verpönt. 1857 erhielt England die Konsulargerichtsbarkeit, die je immer eine vollständige Einreitung bedeutet. Am Weltkrieg blieb Persien neutral. Rußland verzichtet jetzt auf seine Privilegien, wodurch das Land aber nicht freier wird, da der englische Einfluß wächst.

In der Kleiderordnung des Reichspräsidentenhausens ist, wie wir erfahren, neuerdings keine Änderung eingetreten. Die von uns wiederergebene Meldung einer Korrespondenz entspricht nicht den Tatsachen. Es bleibt also bei der bisherigen nach Eberis Tode eingeführten Kutur.

Das japanische Erdbeben.

Erstütternde Schilderungen.

Ohsa, 8. März. (B.Z.) Pressekorrespondenten, die jetzt in die verschiedenen kleinen Städte und Dörfer im Erdbebenbezirk vorbringen, bringen erschütternde Schilderungen von den Leiden der Einwohner. Die Provinz Tango ist größtenteils hügelig und es gibt dort nur wenige Eisenbahnen oder Kunststraßen. Infolgedessen ist es ungemein schwierig, Lebensmittel zu verteilen. Der Boden ist noch immer mit Schnee bedeckt, außerdem geht ein stürmischer Regen über Taufende und aber Taufende obdachloser Flüchtlinge nieder. Soldaten und Freiwillige sind mit dem Hilfswerk beschäftigt, aber es gibt viele Tote und Schwerverwundete, die noch im Freien liegen, abgesehen ärztliche Hilfe von allen Richtungen heraneilt. Ein Berichterstatter, der die kleine Küstenstadt Umino an Bord eines Fischers erreichte, berichtet, daß die flüchtlinge bei der Annäherung des Zerstörers sich am Ufer versammelten. Alte und Junge, Männer und Frauen erzählten tief bewegt, daß alle Häuser in Umino beim ersten Stoß einstückelten. Unmittelbar darauf brachen an 20 oder 30 Stellen gleichzeitig Brände aus. Binnen kurzem war die ganze Stadt mit ihren 600 Häusern in Flammen gehüllt. Zahllose Personen hatten keine Zeit mehr, sich zu retten, sie wurden unter den Trümmern der zusammenstürzenden Häuser begraben und verbrannt. Die Polizei schätzt die Zahl der Toten in der Stadt Umino allein auf wahrscheinlich mehr als 1000.

Das japanische Ministerium des Innern gibt bekannt, daß infolge des Erdbebens im Tangobezirk 1699 Personen getötet wurden. 3329 Häuser sind eingestürzt und 3426 durch Feuer zerstört worden.

Kommunistisches Theater.

Was auf dem Kongress der KPD. gespielt wird.

Zum Abschluß des Parteitag der Kommunisten wird uns aus Eilen noch geschrieben:
Der kommunistische Parteitag ist zu Ende. Mit der Begleichung eines Autos voll Resolutions und Parolen ist die letzte Erinnerung an die „revolutionäre“ Theaterveranstaltung der Thälmanner verschwunden. Man kann jetzt höchstens noch darüber streiten, ob es sich um ein Drama, eine Tragödie oder ein Lustspiel handelte. Für alle Zuschauer steht fest, daß so ziemlich alle Gebiete der Theaterkunst berührt wurden, besonders das Lustspiel kam nicht zu kurz. Dazu gehört auch die Uebermittlung der „Briefe der Zinshüttenarbeiter aus Hamdorn“ durch Kommunisten, Sozialisten und Christen. Das letztere ist so humoristisch, daß es sich lohnt, etwas ausführlicher darauf einzugehen. Also berichtete das kommunistische „Ruhrecht“ in Eilen:

„Eine Delegation der Hamdorn Zinshüttenarbeiter bestehend aus einem KPD.-Genossen, einem SPD.-Genossen und einem christlichen Arbeiter wird vom Parteitag empfangen. Zum stürmischen Beifall erheben sich die Delegierten und die Besucher der stark besetzten Tribünen und stimmen die „Internationale“ an. Stürmisch begrüßt es der Parteitag, als der Redner erklärt, daß die Belegschaft der Zinshütte beschloffen habe, am 1. April nach acht Stunden den Betrieb zu verlassen!“

Das ist gewiß zum Beifallfroh, denn das Reichsarbeitsministerium hat auf längeres Betreiben auch der „reformistischen“ Gewerkschaftsführer am 9. Februar 1927 eine Verordnung über die Arbeitszeit in den Metallhütten erlassen (siehe Reichsgesetzblatt I Seite 59). Darin heißt es:

„In Metallhütten findet die Beschränkung des § 7 Absatz 1 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. September 1923 auf folgende Gruppen von Arbeitern Anwendung: 1. In Zinshütten auf die Arbeiter in Räumen, in denen das Erz zerfeinert und gemischt wird, auf die Arbeiter in der Rösterei, an den Desulfurationsanlagen, in den Zinstaubflößen und Zinstaubverpackungsräumen, auf Räummaschinen und Räummaschinenfahrern.“

Welch „revolutionärer“ Geist muß doch unter den Zuschauern, aber auch unter den anwesenden Führern der Kommunisten gewaltet haben, als sie die Erklärung der „Delegation von der Hamdorn Zinshütte“ begrüßten! Welch revolutionärer Elan spricht aus der Erklärung, daß sie, nachdem durch Verordnung des Reichsarbeitsministeriums ihnen vom 1. April ab der Achtstundentag gesetzlich zusteht, bereit sind, ihn außerdem noch durch Verlassen der Arbeit nach acht Stunden zu „erkämpfen“. Die Regisseure kan man zu den Statisten nur beglückwünschen.

Teddy Thälmann erklärte in seinem Referat unter anderem, daß der Einfluß der KPD. in den Gewerkschaften ganz erheblich zurückgegangen sei. Die Genossen des Ruhrgebiets wühlten ein Lied davon zu singen. Das ist wohl eine der wenigen Wahrheiten, die auf dem KPD.-Parteitag zum Ausdruck kamen. Trotz allem wird die kommunistische Presse auch weiterhin verkünden: „Unser Einfluß in den Gewerkschaften wächst und die Eroberung der „reformistischen“ Hochburgen steht unmittelbar bevor.“

Ueberstundenwirtschaft in Rußland.

Und Arbeitslosigkeit dazu . . . !

Im Zentralorgan der bolschewistischen Partei Transkaukasiens, „Saria Bokhola“ (Morgenszeitung des Ostens), welches in Tiflis herausgegeben wird, steht in der Nummer vom 28. Dezember 1926 an zweiter Stelle der Aufsatz: „10 463 741 Ueberstunden“. Darin heißt es:

„Nach den statistischen Daten wurden in der Transkaukasischen Föderation in 9 Monaten, seit Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1926, 10 463 741 Stunden als Ueberstunden geleistet (mit Einschluß des Transports). Die genannte Zahl betrifft nur die statistisch erfaßten Zensus- (d. h. größeren) Industriebetriebe und Institutionen: 132 517 Arbeiter, von denen 78 969 in Industriebetrieben und 53 528 in Institutionen beschäftigt sind. In den Industriebetrieben wurden 8 617 646 Ueberstunden oder 84 Proz., in den Institutionen 1 846 075 oder 17,6 Proz. geleistet.“

Hier ist es notwendig, in Betracht zu ziehen, daß die erfaßte Zahl der Arbeiter — 132 517 — nur ein Drittel der in der Transkaukasischen Föderation beschäftigten Lohnarbeiter ist, weil die Statistik nur die größeren Industriebetriebe und Institutionen erfaßt.“

Von kleineren Betrieben und Anstalten sagt der vorstehende Verfasser: . . . die kleinen, nicht unter Zensus stehenden Unternehmungen sind mit der Ueberstundenkrankheit in nicht geringerem, wenn nicht gar in größerem Grade befallen.“

Dann wird bemerkt, daß in dieser Statistik manche spezifisch „begründeten“ Ueberstunden gar nicht angegeben sind, die nach seinem Zeugnis „in einem sehr weiten Maßstab praktiziert werden“.

„In den Industriebetrieben“ — sagt er weiter — „fallen auf je einen Arbeiter monatlich: in Aserbeidschan 38, in Georgien 19 und in Armenien 16 Ueberstunden!“ In der georgischen Großindustrie nimmt bekanntlich der Bergbau (Rangonerg und Kohle) den Hauptteil ein, so daß schon 8 Stunden zu viel sein sollten. Der Verfasser erzählt, daß die Arbeiter selbst Neigung zu Ueberstunden haben, was bei den niedrigen Löhnen, die sie erhalten, gar nicht zu verwundern ist.

Er stellt weiter fest, daß diese Ueberstunden:

- a) die Gesundheit der Arbeiter schädigen,
- b) die Industriematerialien verteuern und c) die Arbeitslosigkeit steigern. Die größte Aufmerksamkeit soll nach seiner trefflichen Meinung dieser letzteren gewidmet werden.

„Kampf den Ueberstunden — das ist Kampf der akuten Arbeitslosigkeit. Die Armee der Arbeitslosen beträgt in der Transkaukasischen Föderation viele Zehntausende.“

So maßt die Lage ein offizielles Sowjetblatt! Dann muß die wirkliche Lage der Arbeiter viel schlimmer aussehen.

Haben die Bolschewisten die transkaukasischen Staaten — darunter das sozialistische Georgien — deshalb erobert und massakriert, um die Arbeiter in Verbindung mit europäischen und amerikanischen Kapitalisten so „vorbildlich“ auszubeuten?

Jahresversammlung der Puher.

Trotz Krise außerordentlich starke Mitgliederzunahme.

Die im Bauergewerksbund organisierten Puher hatten am Sonntag im Gewerkschaftshaus ihre Jahresmitgliederversammlung. Der Fachgruppenleiter, Genosse Behnig, ging in seinem Jahresbericht zunächst auf den Beschäftigungsgrad im Baugewerbe ein, der im Vorjahre ein ganz abnormales war.

Die Bauperiode begann erst Ende März und kam von Anfang Juni bis Mitte August wieder ins Stocken, während sonst in dieser Zeit im Baugewerbe Hochkonjunktur herrscht. Bis zum Schluß des

Konferenz aller SPD.-Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre

am Dienstag, dem 15. März 1927, abends 7 Uhr, in den Musikerkälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31

Tagesordnung:

Referent: Genosse Dr. Paul Herz, M. d. R. — Aussprache. Wahl von drei Mitgliedern zum erweiterten Bezirksvorstand.

Wir ersuchen alle Funktionäre, an dieser Konferenz teilzunehmen. Funktionärsausweis und Parteibuch mitbringen! Betriebssekretariat

Jahres war dann die Beschäftigung wieder gut. Einen Mangel an Facharbeitern gab es nicht, da genügend Juzzug von auswärtig vorhanden war. Der Tarifvertrag wurde von den Unternehmern zum 30. Juni gekündigt und ein sehr weitgehender Abbau der Akkordpreise gefordert. Nach langen, oft sehr stürmischen Verhandlungen gelang es der Fachgruppenleitung, den alten Tarif mit einigen rein redaktionellen Veränderungen wieder zu erneuern.

Von den 55 Klagen vor dem Gewerbegericht wurden die meisten um die Auszahlung rückständigen und widerrechtlich vorenthaltenen Lohnes geführt. Es wurden für 143 Berufungsbefugte durch Urteil 5949 M. und durch Vergleich 428 M. erstritten. Genosse Behnig ging dann näher auf das sogenannte Strohmännerunwesen ein, das leider noch von einer Anzahl Berufskollegen unterstützt wird, trotzdem mit diesen oft sehr dunklen Existenzen die trübsten Erfahrungen gemacht wurden. Er schilderte einen besonders krassen Fall, der sich vor kurzer Zeit bei der Firma Richter u. Schädel zugetragen hat.

Die Firma hatte dem angeblichen Zwischenmeister Hugo Stufe an mehreren Bauten die Puherarbeiten übertragen und ihm auch die Anmeldung der Arbeiter zur Sozialversicherung überlassen. Er zahlte weder diese Beiträge noch den Arbeitern ihren Lohn, und ist nunmehr, da gegen ihn beim Gewerbegericht Klage angehängt ist, unter Mitnahme der Arbeitspapiere der bei ihm beschäftigten Gemeinen, spurlos verschwunden. Ob das Gewerbegericht in diesem Falle die Firma als Gesamtschuldner verurteilen wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen in ähnlichen Fällen noch sehr zweifelhaft. Hier müssen die Berufsangehörigen selbst vorsichtiger sein, da die Unternehmer immer wieder den Tarifvertrag, der die Vergebung von Arbeiten an Strohmänner verbietet, zu umgehen versuchen.

In letzter Zeit häufen sich ebenfalls die Klagen, daß Beiträge abgefordert werden, bei denen es den Berufsangehörigen noch nicht einmal möglich ist, den tariflichen Stundenlohn zu verdienen. Es liegt im Interesse der Arbeiter selbst, sich vor der Arbeitsannahme die Bauten anzusehen und solche Bauten zu meiden, auf denen sich die Kolonnenführer auf Kosten der Arbeiter Extradienste verschaffen wollen.

Trotz der sehr ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse hat sich der Mitgliederstand der Fachgruppe von 928 auf 1194, also um 266 gehoben.

In der anschließenden, sehr ausgiebigen Diskussion versuchten die Kommunisten, die Tätigkeit der Fachgruppenleitung herunterzuziehen und somit Propaganda für ihre Kandidaten zur Wahl der Fachgruppenleitung zu machen. Die Abstimmung ergab jedoch mit Zweidrittelmehrheit die Wiederwahl des bisherigen Fachgruppenleiters Genossen Behnig. An Stelle des verstorbenen zweiten Fachgruppenleiters wurde der Genosse Klopfer gewählt. Die Wahl der übrigen Mitglieder der Fachgruppenleitung wurde wegen der vorgehenden Zeit vertagt.

Die Haus- und Wachangestellten.

Ein schwieriges Organisationsfeld.

Die im Deutschen Verkehrsband organisierten Haus- und Wachangestellten hatten am Dienstag in den Sophienkäten ihre Jahresmitgliederversammlung. Der 1. Sektionsleiter, Genosse Leube, der den Bericht über das Vorjahr gab, betonte, daß das Jahr 1926 auch an diese Sektion der großen Organisation sehr hohe Anforderungen stellte.

Auch die Haus- und Wachangestellten hatten unter der anhaltenden Wirtschaftskrise schwer zu leiden, was am deutlichsten in dem Arbeitsnachweisbericht zum Ausdruck kommt. Während zu Beginn des Vorjahres auf dem Arbeitsnachweis insgesamt 453 männliche und weibliche Arbeitslose eingetragen waren, stieg diese Zahl bis zum Ende des Jahres auf 797. An Angriffen der Unternehmer auf die Löhne und die sozialen Bestimmungen der Tarifverträge fehlte es nicht. Es gelang der Organisation jedoch, nicht nur alle Angriffe der Unternehmer abzuwehren, sondern in zwei Bewegungen eine Erhöhung der Löhne durchzusetzen. In keinem Falle standen die Unternehmer freiwillig auch nur einen Pfennig Lohnzulage zu, es mußte in beiden Fällen der Schlichtungsausschuß oder der Schlichter angerufen werden.

Zurzeit bestehen acht Tarifverträge, von denen zwei für allgemeinerbindlich erklärt sind. Nicht zu Ende gekommen ist die Organisation mit dem Bund der Haus- und Grundbesitzer, mit dem sie nun schon fast 3 Jahre einen zähen Kampf führt um seine Tariffähigkeit. Nachdem aber im November 1926 das Kammergericht den Bund der Haus- und Grundbesitzer für tariffähig erklärt hat, dürfte

auch das Reichsgericht, das noch zu entscheiden hat, zu keiner anderen Auffassung kommen, wodurch dem jahrelangen Lohnbetrug der „Mittelständigen“ Hausbesitzer endlich ein Ende gemacht werden würde.

Bedeutend ist die immer noch vorhandene sehr starke Fluktuation in der Mitgliederbewegung. Von insgesamt 1410 neu aufgenommenen und übergetretenen Mitgliedern blieben nur 161 der Organisation treu. Der Mitgliederstand erhöhte sich im Vorjahre von 9015 auf 9176.

Durch den Anstoß des Verbandes der Portiers und Berufsgenossen ist für den Portierberuf die Einheitsorganisation geschaffen worden. Das kann leider von den Wach- und Schlafangestellten nicht gelagt werden, wo sich neben den christlichen und nationalen Verbänden noch eine Anzahl von Vereinen um die organisatorische Erfüllung bemüht. Noch viel schlimmer sieht es mit den Hausangestellten aus. In Arbeitslosenunterstützung wurden für 429 Mitglieder 14 115 M., das sind etwa 100 Proz. mehr als im Jahre 1925, ausgezahlt; an Krankenunterstützung 11 680 M. Klagen wurden insgesamt 355 geführt, von denen allein 163 Räumungsklagen und 136 Klagen auf Zahlung von rückständigen oder widerrechtlich einbehaltenen Lohnes oder Kostgeldes waren. Von diesen 355 Klagen endeten 127 — 35,8 Proz. mit einem vollen Erfolg, 113 — 31,8 Proz. mit einem Teilerfolg und 78 — 21,9 Proz. ohne Erfolg. 37 Klagen = 10,5 Prozent waren am Schluß des Jahres noch unerledigt. Interessant ist die Feststellung über die Dauer der Organisationszugehörigkeit der Klagen. Von den 355 Klagen waren 124 erst im Jahre 1926 Mitglieder der Organisation geworden. Genosse Leube betonte mit Recht, daß diesem Mißbrauch der Organisation ein Riegel vorgeschoben werden müsse und schloß mit der Aufforderung, weiter-rege für die Organisation zu werden und vor allem die neu-gewonnenen Mitglieder zu Gewerkschaftlern zu erziehen, die auch bei der Fahne bleiben.

Nach der kurzen Diskussion, in der an der Tätigkeit der Sektionsleitung keine Kritik geübt, sondern diese im Gegenteil lobend anerkannt wurde, erfolgte einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Sektionsleitung.

Der Innungsmeister Hake berichtigt.

Zu unserem in der Abendausgabe vom 4. März veröffentlichten Bericht über die Versammlung der Herrenmehrschneider schickt uns der Innungsmeister Hake eine Zuschrift, in der er die Richtigkeit der vom Genossen Schumann in der Versammlung aufgestellten Behauptungen bestritt, ohne aber das Gegenteil zu beweisen. Er bestritt, behauptet zu haben, 1. daß die Gehilfen den Tarif für überparnt und zu hoch halten, 2. daß nur die Gehilfen Lohnhöhung haben wollen, deren Firmen 300 M. und mehr für einen Anzug bekommen, 3. daß die Heimarbeiter keine Woche unter 100 M. verdienen.

Dagegen verweisen wir auf den Artikel „Mehrschneiderstreik in Aussicht“ in der Nummer 2 der „Deutschen Schneiderzeitung“, als deren verantwortlicher Schriftleiter Herr Hake selbst zeichnet, in dem die von ihm bestrittenen Behauptungen aufgestellt sind. Herr Hake hat Vertretern des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes gegenüber zugegeben, daß er selbst der Verfasser dieses Artikels ist.

Im übrigen behauptet Herr Hake auch in der Zuschrift, daß die Anfertigungszeiten des Gehilfenarbeits zu hoch seien und „tüchtige“ Heimarbeiter in der Lage seien, wöchentlich 100 M. und mehr zu verdienen, was von jedem Kenner der Verhältnisse widerlegt werden kann. Der Fiskusleiter des Bekleidungsarbeiterverbandes hält seine in der Versammlung aufgestellten und von uns wiedergegebenen Behauptungen nach wie vor aufrecht.

Zum Tarifkampf mit den Gastwirten an der Oberspreewälder See.

Bekanntlich hat sich die Vereinigung der Inhaber von Sommerkolonien an den wärschen Wasserstraßen (Oberspreewälder See) gewerkschaftlich organisiert und dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten abzuschließen. Inzwischen haben folgende Gastwirte einen Vertrag abgeschlossen: Restaurant „Sporthaus“ Ziegenhals, Inh. Rörchel; Müggelschlösschen, Friedrichshagen; Rübezah, Müggelsee; Waldhaus Rauchfangswerder; Restaurant Waldesruh am Langen See, Inh. Anpöppchen; Krampenburg; Gesellschaftshaus Grünau.

Alle anderen Betriebe der genannten Vereinigung sind für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt. Demnach sind gesperrt am Müggel- und Dämmersee; Bellevue, Friedrichshagen; Gesellschaftshaus, Müggelsee; Strandhölzchen; Prinzengarten; Müggelhart; Neu-Heilgoland; Gesellschaftshaus Hefenwinkel, am Dämmersee.

Textilarbeiterstreik im Lodzer Bezirk.

Warschau, 9. März. (W.Z.) Der größte Teil der Textilarbeiter von Lodz und seiner weiteren Umgebung ist gestern in den Ausstand getreten. Man schätzt die Zahl der streikenden Arbeiter in Lodz allein auf 80 000. Auch in Byardom, Belsk und Kalisz ruht die Arbeit in einem Teil der Textilfabriken. Hingegen wird in der Textilindustrie von Warschau und Bialystok normal gearbeitet. Zu Ruhestörungen ist es nirgends gekommen.

Aus der Partei.

Osterlagung der sozialdemokratischen Akademiker in Nürnberg. Der Verband sozialdemokratischer Akademiker hält vom 16. bis 18. April im Ränfsterhaus in Nürnberg seine zweite Jahresversammlung ab. Es spricht Genosse Prof. Dr. E. Lederer über den „Modernen Imperialismus“ und Genosse Direktor Dr. Menck über den „Sozialismus als ständige Idee“. Beiden Referaten schließt sich eine Diskussion an. Der Parteivorstand wird durch Genossen Dr. Hilferding vertreten sein. Zur Teilnahme ist jedes Mitglied der Partei berechtigt und eingeladen. Nähere Auskünfte über die Tagung erteilt die Geschäftsstelle des Verbandes Heidelberg, Neue Schlossstraße 7a.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: A. Kötter; Religion: Dr. John Schönmack; Soziales und Konflikte: Frau Karstädt; Kunst: Th. Gade; ähnlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. der Bauarbeiter
Berlin N. 24, Elsäcker Str. 36-38
Fernsprecher: Norden 6825, 6526
Filiale Westin, Wilmersdorf
Landhausstr. 4, Tel.: Plötzburg 9551
Anstellungsämter und Lager
Alexandersonstraße 30-40 (Alexander
Passage), Telefon: Köpenick 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Ver-
kauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Ischias
Nur für die Erhaltung unserer ver-
derbten, elastischen u. geruchlos.
Patent-Ketten-Matratze
Nur der Stempel
Original Belema
bürgt für die Echtheit unserer ver-
derbten, elastischen u. geruchlos.
Patent-Ketten-Matratze
Berlin Feder-Matratzen-Fabrik
Berlin O 27, Krautstraße 4-5

Dörffler
WÜRSTCHEN - BÜCKWURST
Etwas ganz Besonderes!
Nur der Stempel
Original Belema
bürgt für die Echtheit unserer ver-
derbten, elastischen u. geruchlos.
Patent-Ketten-Matratze
Berlin Feder-Matratzen-Fabrik
Berlin O 27, Krautstraße 4-5

Beitenhaus
Gegr. 1908 Luise Meyer Gegr. 1908
Das Haus der Qualitätsware
Kantstraße 117 / Ecke Krumme Straße
Inletto, nur federdicke Qualitäten / Bettfedern
Daunen / Stoppdecken / Metallbestellen.
Aufgematratzen eigener Fabrikation

Achtung!
Billiger Fleisch- und Wurstverkauf
billig und gut
40 Thierstraße 40

Industrie- und Handelskammer zu Berlin
Kaufmännische Schulen
Ausbildung für jeden kaufmännischen Beruf in
Handelsschulen mit geschlossenen Lehrgängen in
Jahren, 1½- und 2-Jahreskursen sowie in einzelnen
kaufmännischen Fächern. Auskunft und Prospekte.
Berlin C 2, Neue Friedrichstr. 53/55, II.

Bleyle's
Strickkleidung für Herbst und Winter.
Westen für Herren, Damen, Kinder.
Knaben-Anzüge, Schul- u. Anknöpfhosen.
Sweater für Knaben und Mädchen.
Faltenröcke, Reformhosen u. Schlüpfer.
Original-Listen-Preise. — Katalog gratis.
August Berg, Umlandstraße 167
Spezialgeschäft für Wollwaren.

Soeben erschienen:
Spätherbstblüten
von
Adolph Hoffmann
geremte u. ungeremte Lebensbilder
enthält:
Novellen, in höheren Re-
gionen, Lustdrama, Torturen,
Eine moderne Justiztragedie,
Geremte Lebensbilder, Ernste
und heitere Gedichte aus dem Leben
Illustriert
von Willi Steinhart
6 Vollbilder und das Porträt des
Verfassers mit Faksimile (Jubilä-
umsbild), 94 Seiten, eleg. cartonn.
Preis M. 1,50 (Porto 10 Pf.)
Zu beziehen durch den Verleger:
Berlin O 17, Kopenstr. 6 II,
und durch alle Vorwärts-Ausgabe-
stellen